

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftspolitik

Nr. 154/11 vom 25. März 2011

Johannes Callsen: Herr Polkaehn, warum haben Sie es nötig, derart die Zahlen zu verdrehen?

Der mittelstandspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, hat die heutige (25. März 2011) Behauptung von DGB-Nord Chef Uwe Polkaehn, er betreibe „Propaganda“, zurückgewiesen. Die offiziellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegten eindeutig die Richtigkeit von Callsens Aussagen:

„Die Art und Weise, wie DGB-Nord Chef Uwe Polkaehn durch plumpe Zahlenverdrehung Schleswig-Holsteins Wirtschaftsentwicklung seit 2005 schlecht redet, lässt sich nur mit seiner Doppelfunktion als SPD-Ortsvorsitzender erklären. Weder der Wahrheit, noch den Interessen der Arbeitnehmer wird er damit gerecht“, so Callsen.

Wenn Herr Polkaehn sage, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten sei von 1999 – 2009 insgesamt um 6,2 Prozent zurückgegangen, so habe er zwar Recht. Denn unter der SPD-geführten Landesregierung (1999-2005) sank diese um fast zehn Prozent.

„Das sollte er dann jedoch nicht der CDU vorwerfen, in deren Regierungszeit seit 2005 25.355 neue sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen (März 2005) geschaffen wurden“, so Callsen.

Damit stieg laut Bundesagentur für Arbeit die Anzahl der

sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen um rund 4,5 Prozent.

Das Zahlenbeispiel des SPD-Ortsvorsitzenden Karlshof-Israelsdorf Uwe Polkaehn zu den Teilzeitbeschäftigten zeige das gleiche Bild.

Denn neben den zusätzlichen 25.355 Vollzeitstellen seien auch noch 36.735 sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen entstanden (Stand Juni 2010). „Herr Polkaehn stellt dies so dar, als wären Vollzeit- durch Teilzeitstellen ersetzt worden, und versucht damit den Erfolg unserer mittelstandsfreundlichen Politik zu diskreditieren“, wundert sich Callsen.

Noch entlarvender sei das Beispiel bei den geringfügigen – von Polkaehn „prekär“ genannten – Beschäftigungsverhältnissen:

Unter der SPD-geführten Landesregierung stieg deren Zahl von 1999 bis 2005 (März) um 35.827 (26,9 Prozent). Seit die CDU die Landesregierung führe, seien lediglich 7.057 (4,2 Prozent) hinzugekommen.

„Wer wie Herr Polkaehn versucht, auf so plumpe Art und Weise für jedermann auf der Internetseite der Bundesagentur für Arbeit nachvollziehbare Zahlen zu verdrehen, der diskreditiert damit auch die Arbeit der Gewerkschaften“, so Callsen abschließend.

Auf folgenden Seiten der Bundesagentur für Arbeit können Sie die Zahlen nachvollziehen:

http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31966/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17362&year_month=201006&year_month.GROUP=1&search=Suchen